

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tom Schreiber (SPD)

vom 24. März 2015 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. März 2015) und **Antwort**

Berliner Justiz – Einstellungsbehörde im Bereich des politischen Extremismus?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Aus dem Bereich des „politischen Extremismus“ werden bei der Staatsanwaltschaft zurzeit die nach bundeseinheitlichen Vorgaben geführten Statistiken über Staatsschutzverfahren (Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates, Landesverrat und andere) und über rechtsextremistische/fremdenfeindliche Straftaten sowie die berlineigene Statistik von Straftaten antisemitischer und neonazistischer Art vorgehalten. Bedingt durch die Umstellung auf das Fachverfahren „MESTA“ als

Aktenverwaltungssystem der Strafverfolgungsbehörden liegen belastbare Daten für den angefragten Zeitraum - mit Ausnahme für das Jahr 2011, in dem die Verfahrensumstellung erfolgte - nur hinsichtlich der geführten Statistik über Staatsschutzverfahren sowie teilweise hinsichtlich der Statistik von Straftaten antisemitischer und neonazistischer Art vor.

1. Wie viele Verfahren gab es in den letzten fünf Jahren im Land Berlin in Bezug zu politischem Extremismus? (Bitte um Auflistung nach Extremismusbereichen.)

2. Bei wie vielen Verfahren kam es am Ende zu einer rechtskräftigen Verurteilung? (Bitte um Auflisten nach Extremismusbereichen.)

Zu 1. und 2.:

Staatsschutzverfahren:

Jahr	Anzahl der staatsanwaltlichen Verfahren, die neu anhängig wurden	Endgültige Erledigung von Ermittlungsverfahren ohne Anklageerhebung	Endgültige gerichtliche Erledigung (einschließlich Freisprüche und Einstellungen)	Verurteilungen
2010	1.624	990	229	174
2011	Keine Daten vorhanden	Keine Daten vorhanden	Keine Daten vorhanden	Keine Daten vorhanden
2012	1.007	749	164	133
2013	938	659	167	115
2014	Daten liegen noch nicht vor	Daten liegen noch nicht vor	Daten liegen noch nicht vor	Daten liegen noch nicht vor

Verfahren wegen Straftaten antisemitischer und neonazistischer Art:

Jahr	Anzahl der staatsanwaltlichen Verfahren, die neu anhängig wurden	Einstellungen gem. § 170 Abs. 2 Strafprozessordnung	Einstellung gem. §§ 153ff Strafprozessordnung	Anklagen/ Strafbefehle	Einstellung, Täter nicht ermittelt
2010	1.899	1.124	Nicht gesondert erfasst, sondern in Spalte 3 enthalten	207	Nicht gesondert erfasst, sondern in Spalte 3 enthalten
2011	1.533	968	Nicht gesondert erfasst, sondern in Spalte 3 enthalten	147	Nicht gesondert erfasst, sondern in Spalte 3 enthalten
2012	1.369	224	68	194	615
2013	1.275	231	65	229	524
2014	2.080	320	113	263	1176

3. Wie hoch ist die Quote der Verfahrenseinstellungen im Bereich des politischen Extremismus? (Bitte um Auflistung nach Extremismusbereichen.)

Zu 3.: Im Bereich der in der Vorbemerkung genannten Verfahren ergeben sich die Zahlen der Einstellungen aus der Tabelle zu Fragen 1. und 2.. Eine Quote kann hieraus nicht gebildet werden, da die im Berichtszeitraum eingeleiteten Verfahren regelmäßig nicht mit den Verfahren korrespondieren, die im Berichtszeitraum endgültige Erledigung finden.

4. Was sind die hauptsächlichen Gründe für Verfahrenseinstellungen im Bereich des politischen Extremismus?

Zu 4.: Der Großteil der Verfahrenseinstellungen beruht darauf, dass entweder die Ermittlungen nicht zur Namhaftmachung einer/eines Beschuldigten oder nach Ausschöpfung aller in Betracht kommenden Beweismittel nicht zu einem – für eine Anklageerhebung unabdingbaren – hinreichenden Tatverdacht geführt haben.

5. Wie lange dauern die Verfahren im Durchschnitt?

Zu 5.: Eine statistische Erfassung der Dauer der Verfahren erfolgt nicht. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

6. Wird es zukünftig schnellere Verfahren geben bzw. wie können diese beschleunigt werden?

Zu 6.: Ein zeitnaher Verfahrensabschluss und die Einhaltung des Beschleunigungsgebotes werden grundsätzlich bei allen Deliktsgruppen angestrebt. Hierbei sind jedoch immer die Besonderheiten des Einzelfalles zu berücksichtigen.

Berlin den 13. April 2015

In Vertretung

Straßmeir
Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Apr. 2015)